Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 30 (1936)
Heft: 2

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rundſchau

Zur Chronik.

I. Weltpoliti ſches.

1. *Außerhalb Europa.* Der Friede zwiſchen *Bolivien* und *Paraguay* iſt nun unterzeichnet. Er bringt dem ſiegreichen Paraguay einige Vorteile in Form von Grenzregulierungen, aber die beiden Länder ſind durch die Folgen des Krieges zu Tode erſchöpft und innerlich zerrüttet. In Paraguay droht die Revolution.

In *Chile* iſt die Revolution ſchon da. Im Mittelpunkt ſteht ein großer Streik der Eiſenbahner. Man redet von einem „kommuniſtiſchen Aufſtand".

Der Streitfall zwiſchen *Uruguay* und *Rußland* wegen dem unbegründeten Abbruch der diplomatiſchen Beziehungen durch Uruguay iſt von Rußland vor den Völkerbundsrat gezogen worden. Dort zeigte ſich, daß Uruguay für ſeine Behauptung, daß die ruſſiſche Geſandtſchaft ein Zentrum kommuniſtiſcher Umtriebe geweſen ſei, nicht den Schatten eines Beweiſes erbringen konnte, genau ſo wie in ähnlicher Lage einſt unſere Bürgerlichen. Wenn man auf Grund dieſes zugegebenen Sachverhaltes von einer „Niederlage" oder gar "Abfuhr" Litwinoffs redet, ſo zeugt das von großer Ungeniertheit in bezug auf die Wahrheit.

Es zeigt ſich hintenher auch ganz klar, was ſtets zu vermuten war, daß der *braſilianiſche* Aufſtand mit Kommunismus nichts zu tun hatte.

Die *Japaner* hätten in Neukaledonien große Bergwerke erworben.

Laval habe in der Mandſchurei Japan gegen Rußland unterſtützt! (Ohne Trinkgeld?)

Mit *Rudyard Kipling* iſt der Dichter des engliſchen Imperiums geſtorben. Iſt es nicht auch bedeutſam, daß das gerade jetzt geſchehen iſt, wo es mit dem *alten* Imperium zu Ende geht und neue Perſpektiven auftauchen?

2. *In Europa.* In *Danzig* hat der Senatspräſident Greiſer die Lektion, die er in Genf erhalten, ſofort ſo angewendet, daß er den Völkerbund verhöhnte, die baldige Rückkehr zu Deutſchland proklamierte und die ſozialdemokratiſche „Volksſtimme" verbot, weil ſie Neuwahlen verlangte, die allerdings das Naziregime wegfegen würden.

In dem zu Aix-en-Provence wieder aufgenommenen Prozeß gegen die *kroatiſchen* Terroriſten ſind dieſe wegen Gehilfenſchaft bei der Ermordung Barthous und des Königs Alexander zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, die abweſenden Urheber zum Tode verurteilt worden.

II. Deutſchland.

Zu den Maßregeln des *Terrors* gehört ein neues Geſetz über *Eheſcheidung.* Dieſe ſoll auch gegen den Willen der Ehegatten wegen „mangelndem ſittlichem Halt" oder „verbrecheriſcher Geſinnung" aufgelöſt werden können. Unter dieſen beiden Mängeln ſei in Wirklichkeit Hitlergegnerſchaft gemeint und das Geſetz eine neue Waffe gegen die „Illegalen" und ähnliche Kreiſe.

Die „National-Zeitung" (27. Dezember 1935) berichtet:

„Die meiſten Hochverratsprozeſſe gegen die „Staatsfeinde", vor allem gegen Sozialdemokraten und Kommuniſten, finden unter Ausſchluß der Oeffentlichkeit ſtatt. Meiſtens darf die Preſſe nicht einmal die Urteile veröffentlichen. Ein Geſamtüberblick über Höhe und Umfang der Strafen der Urteile iſt unmöglich. Ein Verſuch der „Frankfurter Zeitung", die Urteile für Hochverrat und Wiederaufbau verbotener Parteien zuſammenzuſtellen, ergab allein für den November 1000 Jahre — tauſend Jahre Zuchthaus und Gefängnis in einem Monat. Davon entfallen auf Sozialdemokraten ſechs Prozeſſe mit 57 Angeklagten und 154 Jahren Zuchthaus und Gefängnis. In drei Hamburger Prozeſſen wurden 21 Angeklagte zu 56 Jahren verurteilt, in Altona 19 zu 22 Jahren, in Bremen 14 zu 45 Jahren. Gegen Kom-

muniſten fanden neun Maſſenprozeſſe ſtatt; Fazit: 850 Jahre Zuchthaus. In Eſſen wurden 24 Angeklagte zu 104 Jahren, in Hamm 50 Angeklagte zu 180 Jahren (einer lebenslänglich), in Wuppertal 9 zu 66 Jahren, in Remſcheid 16 zu 104 Jahren, in Köln 51 zu 196 Jahren, in drei Hallenſer Prozeſſen 34 zu 104 und in Dresden 15 Angeklagte zu 96 Jahren Zuchthaus verurteilt."

Mit *Rudolf Klaus* iſt auch der Kommuniſt *Jakob Kayſer* zum Tode verurteilt, aber das Urteil noch nicht ausgeführt worden.

Mit dem Großfinanzmann Dr. *Siegmund Waſſermann* iſt, aus uns unbekannten Gründen, zum erſtenmal auch ein Vertreter des wirtſchaftsgewaltigen Judentums von den Nazis getroffen worden.

Bebels „Buch über die Frau" iſt verboten worden. Damit macht man es höchſtens wieder lebendig, was kein Gewinn iſt.

An der „Grünen Woche" (d. h. Verſammlung der Bauernorganiſationen) habe Darré die Schuld an dem Verſagen ſeiner und anderer Reformen den Juden und dem Liberalismus zugeſchoben. Daneben habe er gefunden, „die Deutſchen ſollten viel weniger eſſen". Das kann ſich leicht von ſelber machen.

Es werden 42 neue Kriegsſchiffe gebaut, darunter zwei große Schlachtſchiffe neueſter Größe und Konſtruktion, was Rußland und Frankreich beunruhigt.

Eine *Reichsanleihe* von 500 Millionen Mark ſei nur ſchwer unterzubringen geweſen. 180 Millionen hätten die Banken übernehmen müſſen, der Reſt ſei ebenfalls unter ſchwerem Druck zuſammengekommen.

Hitler habe die Zuziehung einer jüdiſchen Autorität erſten Ranges für ſein Halsleiden abgelehnt. Das wäre ein Glück für — die Juden!

III. Militarismus und Antimilitarismus.

Emil Villard, der Redaktor von „Nie wieder Krieg" iſt wegen Dienſtverweigerung bedingt zu zwei Monaten Gefängnis und zwei Jahren Verluſt der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden. Der Auditor hatte nur einen Monat Gefängnis beantragt. Zum erſtenmal tritt für Dienſtverweigerung die bedingte Verurteilung auf. Sie bedeutet aber kaum einen Fortſchritt, ſondern ſetzt eigentlich den Verweigerer herunter, weil ſie die Echtheit ſeiner Ueberzeugung in Frage zieht.

In Deutſchland iſt ein *ernſter Bibelforſcher* wegen Dienſtverweigerung zu 1½ Jahren Gefängnis (Zuchthaus?) verurteilt worden. Hunderte von ernſten Bibelforſchern ſitzen ohnehin im Gefängnis oder Konzentrationslager. — Auch ein anderer neuer Fall von Verweigerung wird gemeldet. Das ganze Problem wird nun auch in Deutſchland aktuell. Das iſt wenigſtens ein kleiner Gewinn bei der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht.

In *Rußland* beſteht in bezug auf die Dienſtverweigerung folgende geſetzliche Regelung (Geſetz über Militärdienſt, Art. 271): „Diejenigen Bürger, welche durch ihre Geburt oder Erziehung Sekten angehören, deren Religion ihnen gegenwärtig verbietet und ſchon vor 1917 verbot, Militärdienſt zu tun und Waffen zu tragen, können durch die Gerichte vom obligatoriſchen Militärdienſt befreit werden."

Ob dies geſchieht, und zwar durchgehends, und ob an Stelle des „Militärdienſtes" ein anderer „Dienſt" treten muß oder nicht, iſt mir gegenwärtig nicht bekannt.

In *Frankreich* iſt eine ſtarke Bewegung „Contre une loi inhumaine", d. h. gegen die dortige Geſetzgebung über die Dienſtverweigerung im Gange. (Im nächſten Hefte wird über den franzöſiſchen Antimilitarismus beſonders berichtet werden.)

Profeſſor *Uhde* wird wegen ſeinem „Offenen Brief" an Muſſolini in Graz vor Gericht geſtellt. Kommentar unnötig!

IV. Wirtſchaftliches.

In den *Vereinigten Staaten* iſt es nun der Demagogie doch gelungen, gegen das Veto Rooſevelts (das viel moraliſchen Mut brauchte), ſich mit der für ſolche Fälle nötigen Mehrheit von mindeſtens zwei Dritteln der beiden Häuſer durchzuſetzen. Sie koſtet 2½ Milliarden Dollar und — ein Stück bürgerliche Moral.

Für die *Tſchechoſlowakei* habe der neue Miniſterpräſident Hodza eine Art Planwirtſchaft vor, in Form einer engen Zuſammenarbeit von Landwirtſchaft und Induſtrie. Damit ſoll „ein neuer Typus von Demokratie" geſchaffen werden. Alſo auch ein „Plan der Arbeit".

In *Frankreich* iſt ein *Landwirtſchaftsrat* geſchaffen worden. Er ſoll ein Organ der wirtſchaftlichen Beratung und der Schiedsgerichtsbarkeit ſein, aber vorläufig nicht eine ſelbſtändige Inſtitution neben den rein politiſchen. 20 Berufsvereinigungen ſenden dazu ihre Abgeordneten; deren Zahl ſoll aber nicht 200 überſchreiten.

In *Mexiko* herrſcht immerfort revolutionäre Bewegung. Es ſtehen ſich der frühere Präſident *Calles*, der nun eine mehr gemäßigte Richtung vertritt, und der jetzige, *Cardenas*, gegenüber, der Führer der „nationalrevolutionären" Bewegung iſt. Eine umfaſſende Neuverteilung von Grund und Boden im Sinne einer Aufteilung des weltlichen und beſonders des geiſtlichen Großgrundbeſitzes iſt im Gange. Dazu eine durchgreifende Sozialiſierung der Großbetriebe und der Verſicherungsgeſellſchaften.

V. Der Faſchismus.

In *Griechenland* haben die vom König angeordneten Wahlen zur allgemeinen Ueberraſchung eine *republikaniſche* Mehrheit ergeben, mit andern Worten: eine Mehrheit für den vertriebenen *Venizelos*, den Chef der „Liberalen". Dieſe Mehrheit wäre, wenn eine andere Regierung die Wahlen geleitet hätte, vielleicht noch viel größer geweſen, obgleich der König für freie Wahlen eintrat. (Die Engländer haben ihm dieſe „demokratiſche" Politik zur Pflicht gemacht.) Wenn man nun bedenkt, daß vor ganz kurzer Zeit eine ganz überwältigende Mehrheit für die Monarchie ſtimmte, ſo ſieht man wieder, was für einen Wert Plebiſzite unter der Diktatur haben.

Ob der Diktator *Kondylis* wegen dieſem Ergebnis an einem Herzſchlag geſtorben iſt?

In *Finnland* iſt die faſchiſtiſche Jugendorganiſation (eine Form der Lapuo-Bewegung) verboten worden. Sie hatte ſich an den Militärputſchen in Litauen (und Eſtland?) beteiligt.

Jene Offiziersputſche hängen mit der faſchiſtiſchen und nationalſozialiſtiſchen Bewegung zuſammen.

In *Eſtland* ſoll die Demokratie noch ausgeſprochener wieder eingeführt werden, als letztes Mal berichtet war. Die „Ständeverfaſſung" ſoll ſich auf eine beſondere Kammer beſchränken.

In *Frankreich* hat das flegelhafte und gemeine Vorgehen der reaktionären ſtudentiſchen Jugend gegen *Profeſſor Jèze*, weil er in Genf für Abeſſinien eingetreten iſt und über Muſſolini einige Wahrheiten geſagt hat, wochenlang die Gemüter erregt. Die Kollegen haben ſich als — Kollegen erwieſen, die Regierung Laval ſchaute zu. Jetzt will man endlich durchgreifen.

Miniſter *Frot*, den man wegen ſeiner am 6. Februar 1934 geſpielten Rolle in den Rechtskreiſen wütend haßt, iſt aufs neue inſultiert worden.

Der Ueberfall von reaktionären jugendlichen Rowdies auf *Léon Blum*, dem ſofort die Auflöſung der *Action française* durch die Regierung gefolgt iſt und Maßregeln gegen die „Ligen" wohl folgen werden, tut den Grad der Hitze kund, den die politiſche Leidenſchaft erreicht hat, und auch den Geiſt dieſer „Patrioten".

Mit dem Tode von *Jacques Bainville* hat gleichzeitig die „Action française" ihren bedeutendſten Führer verloren. Eigenartig, daß jener Zwiſchenfall, der ihre Auflöſung veranlaßte, gerade auf dem Wege zu ſeiner Beerdigung geſchehen mußte.

VI. Sozialismus und Kommunismus.

1. *Sozialdemokratie.* Die Zweite Internationale und die entſprechende Gewerkſchaftsinternationale haben Beſchlüſſe gefaßt, die energiſch auf die Durchführung der *Sanktionen* gegen Italien dringen, was Grimm nicht abgehalten hat, mit Motta zu gehen.

In *Frankreich* geht die Bewegung auf *Gewerkſchaftseinheit* vorwärts.

Ein Verſuch, in *Zürich* von der ſchweizeriſchen Oberleitung des Gewerkſchaftsbundes aus die Einigungsbewegung zu verhindern, iſt völlig geſcheitert. Der „Erſte Mai" ſoll gemeinſam gefeiert werden.

In *Belgien* haben die Sozialiſten mit dem Problem der Landesverteidigung Schwierigkeiten. Nur ungern und gegen eine ziemlich große Mehrheit entſchloß ſich offenbar die Partei zur Billigung neuer Maßregeln für dieſelbe.

Gegen die ſtets wieder auftauchende Verfolgung der *ſozialiſtiſchen Oppoſition* in Rußland erheben ſich aus der Zweiten Internationale energiſche Proteſte und Warnungen.

Die *Stachanoff-Bewegung* ſtößt unter der ruſſiſchen Arbeiterſchaft auf einen Widerſtand, der bis zur Ermordung ihrer Pioniere geht.

Im Kanton Schaffhauſen haben Arbeiter und Bauern zuſammen unſern Freund *Ernſt Bührer* zum Regierungsrat gewählt. Das Beiſpiel zeigt, auf Grund welcher Vorausſetzungen man eine „Volksfront" haben kann.

Der unter dem Henkerbeil gefallene *Rudolf Klaus* hat vor ſeinem Ende erklärt: *„Für eine Weltanſchauung kann man ruhig ſterben."*

VII. Religion und Kirche.

In Lauſanne iſt in hohem Alter Dekan *Philipp Bridel* geſtorben. Er hat ſich um die Herausgabe der Werke Alexander Vinets, den er als ſeinen Meiſter betrachtete, große Verdienſte erworben. Weniger freilich als Hüter ſeines *Geiſtes.* Denn gerade für das Problem der Dienſtverweigerung, das wie kein anderes auf eine Anwendung der Prinzipien Vinets hinwies, fand er kein Verſtändnis. Schade! Der im übrigen treffliche Mann hätte gerade, wenn er dies geleiſtet hätte, noch viel mehr bedeuten können.

Wie ſich die „frommen" Kreiſe immer wieder *belügen* laſſen! Ein *Schwindler* ſei imſtande geweſen, binnen kurzem durch „fromme" Vorſpiegelungen in dieſen Kreiſen „einige hunderttauſend Franken" (iſt das nicht übertrieben?) zuſammenzubringen. Falſch geleitete Kräfte! (Man vergleiche auch die Mitteilung über die „Liga für das Chriſtentum".)

Der Erzbiſchof *Greißler* von Brixen hat ſich gegen den abeſſiniſchen Krieg ausgeſprochen und iſt dafür durch die Regierung gemaßregelt worden. Ehre ſei ihm!

Eine Konferenz der *norwegiſchen* (proteſtantiſchen) *Biſchöfe* fordert, „daß man der Verherrlichung des Krieges unerbittlich ein Ende bereite", und tritt aufs wärmſte für den Völkerbund und ſeine übernationale Rechtsordnung ein, jedes Abſtellen auf Waffengewalt verwerfend. Das iſt ein anderer Ton (aus einer *lutheriſchen* Kirche!) als der der zwingliſchen (?) Kirchenſynode von Zürich.

VIII. Natur und Kultur.

1. Der Fall des als Mörder des Knaben Lindbergh zum Tode verurteilten *Richard Hauptmann* macht der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten fortwährend zu ſchaffen. Lindbergh ſelbſt iſt mit Frau und Kind nach Europa geflohen, nicht um den Gangſters, ſondern — den Journaliſten zu entgehen. Es iſt eine förmliche Journaliſten-Abſtinenz zu ſeinen Gunſten proklamiert worden. Auch ein Zeichen der Zeit.

2. Der *Silſerſee* iſt nun endgültig vor Verſchandelung gerettet.

Furchtbare Stürme haben an vielen Orten der Welt gewütet, darunter Schneeſtürme, dazu in Nordamerika gewaltige Kälte.

3. Mit Doktor *Domenig Bezzola* in Celerina (Engadin) iſt ein Arzt und Menſch von einer Vortrefflichkeit, wie man ſie in dieſer altgediegenen Form ſelten mehr findet, von uns geſchieden. Er war als Arzt und auch ſonſt ein *Menſch,* ein freier, ernſter, gütiger, und er war ein *Denker.* Und in allem gediegen und *urſprünglich,* wie die Arve am Engadiner Fels. Daß er einer der erſten Vorkämpfer gegen den Alkoholismus war, kennzeichnet auch ſeine menſchliche Art.

12. Februar.

Zur ſchweizeriſchen Lage.

Die ſchweizeriſche Lage ſteht diesmal im Zeichen des *Falles Guſtloff*. Es erhebt ſich allerdings ſofort die Frage, ob man davon nicht ſchon zu viel geredet hat. Hilft man damit nicht den Nationalſozialiſten, ihn noch weiter aufzubauſchen bis ins Ungeheuerliche und entſprechend auszunützen? Was war Guſtloff? Für uns zunächſt ein ſehr unbedeutender, aber läſtiger Reichsdeutſcher, eine nationalſozialiſtiſche Marionette, die ſich freilich als nationalſozialiſtiſcher Gauleiter der Schweiz gebärdete, was ſchon kein Spaß mehr iſt. Aber ſollen wir, in den Spuren bundesrätlicher Weisheit gehend, ihn durch unſer Wichtignehmen erſt recht als ſolchen anerkennen? Auf der anderen Seite aber iſt nun halt, ob es uns paßt oder nicht, dieſer kleine Guſtloff ein *Symbol* geworden, wie es der kleine Hitler in vergrößertem Maßſtab geworden iſt. Es muß davon alſo einiges geredet und dann freilich *gehandelt* werden.

Soeben habe ich den Bericht über die Opferfeier bei der Beerdigung Guſtloffs in Schwerin geleſen. Etwas Ungeheuerliches, Entſetzliches, an Läſterlichkeit noch weit über jene Vergottung Muſſolinis hinausgehend, die wir anderwärts in dieſem Hefte leſen. Das Schlimmſte iſt die Rede des Baalspfaffen, der in dieſem Falle Doktor Langmann heißt:

„Nachher tritt ein evangeliſcher Geiſtlicher, Oberkirchenrat Dr. Langmann, angetan mit der SA.-Uniform und hohen Stiefeln, an den Katafalk. Er will dem Toten den Weg nach Walhall, der Heimat der germaniſchen Helden, weiſen. Guſtloff ſei als Märtyrer für die unſterbliche Mutter Deutſchland gefallen, als Blutzeuge für die nationalſozialiſtiſche Bewegung. Die „wütend verhetzten Angriffe der marxiſtiſchen Preſſe“ hätten ihn nicht davon abgehalten, auf exponiertem Poſten ſeine Pflicht zu erfüllen. Nun gehe er in die mythiſche Unſterblichkeit ein, um dort die zwei Millionen Weltkriegsgefallenen und die 300 Blutzeugen der nationalſozialiſtiſchen Bewegung anzutreffen. Die deutſche Jugend werde ihn ebenſo wenig vergeſſen wie die alten Opferhelden von Siegfried und Baldur bis zu Horſt Weſſel und Maikowſki. Aus ſolchen Vorbildern würden die Lebensquellen des deutſchen Volkes immer neu geſpeiſt. Durch das Blutopfer Chriſti habe Gott den Glauben an eine Unſterblichkeit bekräftigen laſſen. Dieſer Gott ſchicke die Völker der Erde auf deren klirrendem Weg durch die Geſchichte. Dieſe Männerwelt des Kampfes und der Hingebung ſei durch Gott geſchaffen. Deshalb ſolle an der Bahre Guſtloffs das Gebet emporſteigen: „Herr, ſegne Du unſern Kampf. Amen!“

Aber nicht viel weniger ſchlimm iſt *Hitlers Rede*.

„Zuletzt beſteigt Hitler ſelbſt die Stufe zur Totenbahre und legt einen großen Kranz nieder. Die Scheinwerfer verlöſchen; der Sarg liegt in einem rötlichen Halbdunkel. In einem leidenſchaftlich bewegten Nachruf mißt der Reichskanzler den Juden die Schuld nicht nur an dem Verbrechen von Davos, ſondern auch an allem deutſchen Elend der Jahre 1918 bis 1932 bei. Schwere Opfer habe die nationalſozialiſtiſche Bewegung auf ſich genommen, um einer grauenhaften überſtaatlichen Gewalt ihr Werkzeug zu entwinden. Erſchoſſen, erdolcht, ermordet ſeien die Kämpfer für ein neues Deutſchland ins Grab geſunken. Ueberall ſei es dieſelbe Macht geweſen, die den Mördern die Waffe in die Hand gedrückt habe. Dagegen liege — ſo erklärt Hitler — auf dem Gewiſſen der Nationalſozialiſten nicht ein einziger von ihnen ermordeter Gegner, nicht ein einziges Attentat. Immer und immer wieder entdecke man aber hinter den meuchelmörderiſchen Gegnern die Macht des jüdiſchen Feindes, dem die Nationalſozialiſten nichts zu leide getan hätten, der aber das deutſche Volk unterjochen wolle. Eine leitende Hand habe alle Verbrechen organiſiert und werde ſie auch künftig organiſieren. Der Tod Guſtloffs, des erſten Blutzeugen der Auslanddeutſchen, ſtelle auch den erſten Fall dar, wo ſich der Gegner nicht eines deutſchen Volksgenoſſen als Werkzeug bediene. Es ſei ein Ruhmesblatt für die Schweiz, daß kein Nichtjude ſich für die Tat habe dingen laſſen. Der geiſtige Urheber der Tat mußte ſelbſt zur Waffe greifen. Mit

markerſchütternder Stimme ſchließt der Reichskanzler: „Parteigenoſſe Guſtloff, du biſt nicht umſonſt gefallen. In die Reihen der unſterblichen Märtyrer unſeres Volkes rückt dieſer Tote ein. Daraus entſteht millionenfaches Leben für das deutſche Volk. Jede Ortsgruppe im Ausland hat von nun an ihren nationalſozialiſtiſchen Patron, ihren heiligen Märtyrer der Idee. In jeder Geſchäftsſtelle wird ſein Bild hängen. Jeder wird ſeinen Namen im Herzen tragen. Er wird nicht vergeſſen werden in alle Zukunft!"

Jedes Wort, auch über dieſe Rede, iſt Abſchwächung.

Hier iſt die Lüge auch ſchon zum Wahnſinn geworden.

Aber nun iſt auch ſchon klar genug, daß dieſer Fall Guſtloff ein *Zeichen* iſt. Er zeigt, wo wir ſtehen. Er zeigt die Weltgefahr des Hitlertums. Er zeigt, was der Nationalſozialismus iſt: *Molochdienſt* furchtbarſter Art, um ſo furchtbarer, als er noch das Gewand Chriſti borgt. Und er zeigt auch ſchon die *Nemeſis*. Denn wenn man die Tat dieſes Studenten David Frankfurter richtig beurteilen will, dann muß man die Hunderttauſende von gequälten, unter das Tier erniedrigten, in den Selbſtmord getriebenen, von Haus und Heimat verjagten, ins Nichts geſtoßenen, oft auch ermordeten oder zu Tode mißhandelten Juden vor ſich ſehen, die das Hitlertum auf dem Gewiſſen hat. Nichts iſt dann begreiflicher als dieſe Tat. Man muß ſich nur wundern, daß ſie nicht längſt geſchehen iſt, und zwar in größerem Maßſtab. Sie iſt die natürliche Frucht nicht des Judentums, wie Hitler faſelt, ſondern des Hitlertums ſelbſt, ſeiner Theorie vom Blut und ſeiner Blutpraxis. Ich würde mich erniedrigen, wenn ich noch extra verſichern wollte, daß ich die Frucht des Frevels verurteile, wie ich die Ausſaat verurteile. Das verſteht ſich für mich von ſelbſt. Frevel tilgt nicht Frevel, ſondern iſt Ausſaat von neuem Frevel. Aber das muß auch mit aller Offenheit geſagt werden: Eine ſolche Tat iſt nicht gemeiner Mord. Wenn wir Schweizer das behaupten, ſo machen wir Wilhelm Tell zum gemeinen Mörder. Denn die Tat Frankfurters hatte zehnmal mehr Grund, als die Tat Wilhelm Tells. Als vor Jahren vor einem Berliner Volksgericht ein Armenier ſtand, der einen der großen Schlächter ſeines Volkes in einer Straße von Berlin, alſo auch auf fremdem Boden, erſchoſſen hatte und anfing, und Augenzeugen mit ihm, zu erzählen, was dieſer „Ermordete" und ſeine Genoſſen ſeinem Volke angetan, auch der eigenen Schweſter, dem eigenen Bruder — da wurde er unter Jubel einmütig freigeſprochen. Wenn der Student Frankfurter vor dem Kantonsgericht an der Grabenſtraße in Chur ſteht, in Alt Fry Rätien, wo man auch etwas von Vögten und ihren „Mördern" weiß und erzählt, von Vögten, die auf dem Hintergrund des Hitlerregimes zu Biedermännern werden (man denke nur an den 30. Juni), dann werden ſie ihn zwar nicht freiſprechen; er ſelbſt kann dies nicht wünſchen; ſeine Tat verlangt Sühne; aber ſie werden hinter dieſem Manne das Schickſal ſeines Volkes und das Henkerbeil Hitlers über ihm ſehen und dann das Urteil ſprechen, ohne Menſchenfurcht und Menſchenrückſicht.

Man muß dieſe Tat begreifen. Aber billigen oder gar verherrlichen kann man ſie gerade dann nicht, wenn man in ihr doch auch die Fortſetzung des Werkes der von Hitler entfeſſelten Dämonen ſieht. Das iſt ſie, auch wenn ſie ein Zeichen der Nemeſis iſt. Nemeſis *iſt* ſie und furchtbare *Warnung*. Was hier geſchehen iſt, zeigt eigentlich Hitler und den Seinen zum erſtenmal, was ihrer wartet, wenn nicht eine *Gnade* dazwiſchen tritt. Zum erſtenmal wendet ſich die Waffe, die ſie bisher allein, wenigſtens ſeit ſie an der Macht ſind, gegen die andern gebraucht (das genaue Gegenteil der hitleriſchen Behauptung iſt ja die Wahrheit), gegen ſie ſelbſt. Es iſt ja auch ein Symbol, wenn man auf Guſtloffs Sarg ſeinen E h r e n d o l ch legt; der Dolch ruft dem Dolche! Das Zeichen erſcheint an der Wand. Gott ſchütze Europa! Alle guten Geiſter wacht auf! Schützet, rettet!

Aber der Fall Guſtloff iſt auch ein Zeichen beſonders für die *Schweiz*, für die ungeheure Gefahr, in der ſie ſteht. Wir ſind alſo ein Gau des Dritten Reiches. In der ganzen Schweiz gibt es, wie ja gerade die Trauerfeier in Davos gezeigt hat, eine ganze Maſſe von „Stützpunkten" (das iſt ein militäriſcher Ausdruck) des „getarnten" Hitlerheeres, das die Schweiz ſchon beſetzt hält und das, wie jüngſt auf-

gefundene Dokumente zeigen, den Auftrag hat, auch das Gelände zu erforſchen und darüber zu berichten. Wir ſind „Auslandsdeutſche", dazu beſtimmt, dem Dritten Reich einverleibt zu werden. Wir ſtehen ſchon unter ſeiner Vormundſchaft. Jene Bezeichnung iſt ein Stück des ausgeworfenen braunen Netzes. Mit dieſem Anſpruch greift Hitler-Deutſchland nicht nur in Memel ein, wo es noch zu entſchuldigen iſt, ſondern auch in Lettland, wo Deutſchland nichts zu ſagen hat, und ſicher bald auch bei uns. (Bald?) Man gewöhnt ſich daran, und das will es eben; das iſt ſchon Sieg.

Und nun haben wir einen Bundesrat, der, geſtützt auf ſeine falſch ausgelegte Pflicht, über die innere und äußere Sicherheit der Eidgenoſſenſchaft zu wachen, außenpolitiſche Diktatur treibt und gerade den Kampf gegen die ungeheure Gefahr des Nationalſozialismus und des Faſchismus als „private Außenpolitik" bekämpft. Welches aber iſt ſeine eigene „private Außenpolitik"? Landauf, landab hat man es geſagt, als man die Schüſſe Frankfurters hörte: „Daran trägt nächſt Guſtloff und Hitler der Bundesrat die Schuld, beſonders die Bundesräte Motta und Baumann, durch ihre ſträfliche und unentſchuldbare Duldung eines ſo verhängnisvollen Mannes und ſeines Tuns auf unſerem Boden." An dieſem Urteil iſt nicht zu rütteln. Anſtatt es aber vor dem Forum des eigenen Gewiſſens ſelbſt auszuſprechen, vermehren ſie dieſe Schuld noch eifrig. Bundesrat Baumann wiederholt noch jene Reinwaſchung Guſtloffs, die er im Nationalrat kürzlich vollzogen und die eine Ermunterung war, und rechtfertigt durch dieſe Wiederholung vollends die Darſtellung, die das Hitlertum der Sache gibt. Der Bundesrat anerkennt durch ſeine Beileidsbezeugungen an den deutſchen Geſandten und die Witwe Guſtloffs deſſen Eigenſchaft eines Gauleiters der Schweiz, während der Landammann von Davos ſich an die deutſche Geſandtſchaft wendet, bevor er den Bundesrat begrüßt. Der Bundesrat, unterſtützt durch die „Neue Zürcher Zeitung" und die geſinnungsgenöſſiſche Patriotenpreſſe, die dann freilich (gezwungen durch das allgemeine Urteil) doch die Krallen einziehen muß, verſucht, die Schuld auf die „marxiſtiſche" Preſſe abzulenken, die in dieſem Falle ſo unſchuldig als möglich iſt, und das, was Gericht über ihn ſelbſt iſt, zur Verſchärfung ſeiner Preſſediktatur zu verwenden. Der Bundesrat, ſtatt den ungeheuren Ernſt unſerer Bedrohung durch Hitler im eigenen Lande zu bedenken und alle Kräfte dagegen aufzurufen, hält Gericht über — das „Volksrecht", das eine Aeußerung über den deutſchen Geſandten getan, der er ſelbſt im Grunde recht geben muß. Eine Nemeſis iſt das auch, inſofern ſein einſtiger Redaktor Nobs als Mitglied der famoſen Konſultativ-Kommiſſion einer Maßregelung Nicoles wegen ſtarker Aeußerungen des „Travail" über Muſſolini (können die überhaupt zu ſtark ſein?) zuſtimmte oder doch nicht öffentlich dagegen proteſtierte. Aber ein ſolcher Bundesrat! Vollends ſcheint dem Bundesanwalt die Verfolgung und Beſchnüffelung der an der Boykottaktion gegen Muſſolini (die indirekt auch eine gegen Hitler iſt) Beteiligten wichtiger zu ſein als der Kampf gegen den wirklichen Feind im Lande.[1])

---

[1]) Inzwiſchen ſind *Preſſeverwarnungen* an andere ſozialiſtiſche und kommuniſtiſche Blätter erfolgt, ſo an die „Arbeiterzeitung" in Baſel und den „Kämpfer" in Zürich. Was wird nächſtens noch kommen?

Ein Reichsdeutſcher *Norbert K. Enger,* der in Zürich einen „Zeitungsdienſt" herausgibt, der offenbar den verbotenen *„Reichsdeutſchen"* erſetzen ſoll, erlaubt ſich die unerhörteſten Beſchimpfungen (z. B., es gebe in der Schweiz „unzählige Verbrechernaturen ſchweizeriſcher Nationalität") und ſtellt in Ausſicht, „daß Adolf Hitler auch dem Auslandsdeutſchtum" (zu dem wir ja auch gehören ſollen) „die Freiheit bringen wird". Nichts iſt bezeichnender, als wenn eine offenkundige nationalſozialiſtiſche Propagandaverſammlung in *St. Gallen* von der dortigen Regierung verboten, das Verbot aber durch Bern rückgängig gemacht wird. Aber wehe dem antifaſchiſtiſchen auswärtigen Redner, der bei uns den Mund öffnete!

Wie anders ſtellt ſich *Schweden,* das drei ſolcher „Gauleiter" nacheinander ohne viel Federleſens an die Grenze geſtellt hat. Das allein imponiert ſolchen Leuten!

Ungeheuer ist die Gefahr. Wo ist der Wilhelm Tell? Ich meine: Wo ist die Volksbewegung, welche sich rettend erhebt? Denn ein einzelner Mann kann hier nicht helfen.

„Die Gefahr droht vor allem vom Bundesrate her." Das hat unter gewaltigem Beifall einer Volksversammlung von gegen zweitausend Menschen in der „Stadthalle" von Zürich ein Redner ausgerufen, der kürzlich selbst als Bundesrat vorgeschlagen war. Er dachte dabei auch an den Diktaturanspruch des Bundesrates selbst, wie er bei Anlaß der Beratungen über das *Finanzprogramm* besonders hervorgetreten ist. Es entspricht also durchaus der Dialektik der Lage, wenn wir im Anschluß an den Fall Gustloff vom Abschluß der Verhandlungen über jenes „Programm" berichten, das diesen Namen nicht verdient. Der Ständerat hatte noch einige Verschlechterungen durchgesetzt, so die Erhöhung des „Lohnabbaues" auf 15 Prozent, allerdings bei einer Erhöhung des „abbaufreien" Einkommens von 1500 auf 1600 Franken, die aber die Maßregel nicht gutmacht. Auch ist nun der Getreidezoll doch durchgesetzt worden, was wieder eine mehr symbolische Bedeutung hat. Im Großen betrachtet bleiben zwei Züge für das Werk kennzeichnend. Es bedeutet — zum ersten — einen fortgesetzten sei's moralischen, sei's auch juristischen *Bruch von Recht und Verfassung,* und zwar im ganzen: weil das „Programm" unter unwahren Vorwänden der Volksabstimmung entzogen wurde, wie im einzelnen: durch Beschlüsse, von denen die Beraubung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung moralisch und rechtlich wohl der schlimmste ist. Solche Mißachtung von Recht und Verfassung ist Vorbotin der Katastrophe. Zum zweiten sodann charakterisiert sich das Werk durch etwas, was auch gegen alle göttliche und menschliche Ordnung ist: dadurch, daß die *Lasten* überwiegend auf die Schultern der *Schwachen* gelegt werden. Diese Methode soll sich dann in das private Wirtschaftsleben hinein fortsetzen. Auch für dieses weiß der Volkswirtschaftsminister Obrecht in einem bekannten Interview keinen andern Rat als die „Anpassung", d. h. die Herabsetzung der Löhne und Gehälter. Aus frommen und patriotischen Kreisen ist der Gedanke der *Staatslotterie* aufgetaucht, dagegen merkwürdigerweise, aber auch erfreulicherweise, gerade von den Sozialdemokraten abgelehnt worden, von denen gewisse „Führer" sie als erste empfohlen hatten. In der Tat ist die fiskalische Ausbeutung des Spieltriebes ebenso verwerflich als etwa die des Trinktriebes und des Sexualtriebes. Der Spielteufel ist nicht harmloser als die andern, er sieht höchstens harmloser aus. Wenn man sodann vom Ausbau der *Alpenstraßen,* d. h. von der noch hemmungsloseren Auslieferung des Alpenheiligtums an das Auto Hilfe erwartet, so ist das ungefähr der gleiche Sinn und Geist. Daneben wirft man sich auf die *„Doppelverdiener"* und die *„Ledigen"*, wobei stark der Teufel *Neid* auf seine Rechnung kommt. Zugegeben, daß es hier Mißbräuche gibt, aber der fiskalische Eingriff in das privateste Leben ist das schlimmste dieser Uebel. Wie viele Ledige tragen schwerere Lasten für andere als viele Verheiratete! Und die Selbständigkeit der Frau ist ein höheres Gut als eine kleine Steuersumme mehr. Nein, *solche* Dinge helfen nicht! Welch andere Wirkung hätten einige einfache, eingreifende, aber sinnvolle, weil von einem hohen sozialen Prinzip getragene Maßregeln, so etwa, wie sie Doktor Breitner in Wien mit so viel Erfolg angewendet hat, oder noch bessere, organischere.[1])

Es wäre Aufgabe eines rechten *Sozialismus,* solche vorzuschlagen und durchzukämpfen. Dem unsrigen fehlt es dafür an Geist und Glauben. Aber anzuerkennen ist eine Erklärung der Sozialdemokratie zu der ganzen Sache. Im übrigen aber ist die Haltung der Bundesversammlung kläglich gewesen, wie ja fast immer. Kläglich vor allem die der Bauernpartei, die im Sinne des politischen „Kuhhandels" für eine wirtschaftliche Beraubung derjenigen Volksklasse stimmte, welche vor allem die Produkte der Landwirtschaft sollte kaufen können. Schmid-Ammann und Gadient

---

[1]) Die Wirtschaftsnot selbst ist im Wachsen. Wir haben nun gegen 125 000 Arbeitslose. Der Außenhandel aber ist um 30 Prozent zurückgegangen.

haben dafür mit Recht ſchärfſten Tadel! Aber ein Verſagen auch — im ganzen — die Haltung der „Unabhängigen" Duttweilers, der gewaltig an Volkstümlichkeit verloren hat und als „kommender Mann" erledigt iſt. Schmerzlich die Haltung eines Doktor Rittmeyer. Auch mit den Jungliberalen iſt es aus. (Doktor Graf von der „Nation" verläßt ſie mit ſtarkem Zuſchlagen der Türe.) Zuletzt kommt Muſy und empfiehlt ſich sub rosa als Diktator!

Und damit kommen wir wieder auf die ſchwerſte Gefahr: die des „getarnten", vom Bundesrat im Auftrag des Bundes zwiſchen Geldſack, Weihwaſſerkeſſel und Maſchinengewehr ausgeübten Faſchismus. Wie groß dieſe Gefahr iſt, beweiſt die hinterher bekannt gewordene Tatſache, daß der Bundesrat urſprünglich die Abſicht hatte, das Finanzprogramm der Bundesverſammlung gar nicht einmal zur Beratung, ſondern bloß zur Abſtimmung in globo vorzulegen, um, wie er ſich ausdrückte, nicht durch verfaſſungsrechtliche Schwierigkeiten gehemmt zu werden, und erſt durch den Widerſtand, den er ſogar in einer ſtänderätlichen Kommiſſionsberatung mit ähnlichen Abſichten fand, davon abgebracht wurde — bis auf weiteres. Der Beſchluß, daß er nun von ſich aus alles tun dürfe, was er zum „Schutze des Landeskredites" für nötig halte, gibt ihm freie Hand für alles, was er will. Er darf auf Grund davon ruhig auch die „Neuen Wege" verbieten (wie denn wohl vor allem ein Schlag gegen die Antimilitariſten, die man mit den Kommuniſten zuſammenwerfen wird, um die Sache zu „tarnen", geplant iſt), er darf tun, was er will. Niemand kann ihn mehr geſetzlich hemmen. So kann es mitten in der „Demokratie" zur Notwendigkeit irgendeiner Form von *Revolution* kommen.[1])

Was iſt zu tun? Ruſch ſchlägt ein *Plebiſzit* vor, das dem Bundesrat mit vielen Hunderttauſenden von Stimmen erkläre, wie das *Volk* denkt. Eine beachtenswerte Anregung! Gadient denkt an eine Initiative, die für die Dringlichkeitsbeſchlüſſe eine Zweidrittelmehrheit fordert, das Recht der Abberufung des Bundesrates feſtlegt und ähnliches. Dieſes und anderes iſt ſicher überlegenswert. Aber helfen kann nur eine anhaltende, organiſierte Volksbewegung. Dafür fehlen die *Führer*. Der *Freiheitsgeiſt* iſt allerdings noch nicht tot, aber er muß von der Tiefe her erneuert werden.

Inzwiſchen muß das *Notwendigſte* getan werden, was zur Rettung dient. Zu dieſem Zwecke hat ſich in Zürich ein *„Freiheitskomitee"* gebildet, deſſen Erklärung folgen ſoll. Es iſt aus Vertretern aller Linksparteien zuſammengeſetzt. So viel ich ſehe überwiegen ſogar die „Bürgerlichen". Ob das Komitee die geſchilderte Aufgabe löſen kann? Ich glaube nur dann, wenn es darauf verzichtet, eine eigene Bewegung und große Organiſation zu werden, und ſich darauf beſchränkt, eine Art Einigungsorgan für alle die zu ſein, welche in allen politiſchen Gruppen geſonnen ſind, gegen die faſchiſtiſche und nationalſozialiſtiſche Gefahr von außen und innen her mit anderen zuſammenzuſtehen. Die Preſſe der Reaktion, die Hochpatrioten, ſind natürlich ſofort über dieſen Verſuch hergefallen. Die „Neue Zürcher Zeitung" natürlich voran. Sie macht es ſich wieder leicht. Zuerſt wird mit dem

---

[1]) Man kennt das Verfahren des Bundesrates in der *Boykottſache*. Es hat neuerdings eine Ergänzung gefunden.

Das Boykott-Komitee ſchickte zwei Artikel Gerbers aus dem „Aufbau", welche eine Kritik des bundesrätlichen Vorgehens enthielten, zur Verteilung an die Mitglieder der Bundesverſammlung an die Kanzlei. Es iſt das der normale, viel begangene Weg. Die Kanzlei übergab die 200 Exemplare dem Bundesanwalt! Das iſt halt nicht Guſtloff!

Der „Kämpfer" berichtet von einem belauſchten Geſpräch zweier unſerer Geſtapo-Offiziere, nach welchem auch eine offizielle Aufhebung des *Poſt- und Telegraphengeheimniſſes* für die „linken" Söhne Tells geplant, praktiſch aber da und dort ſchon geübt werde. Stimmt das wirklich? Jedenfalls iſt Anlaß zum Aufpaſſen!

Der „Sperber", das Organ René Sondereggers, wird wegen mißliebiger Kritik am Bundesrat konfisziert.

Zaunpfahl angedeutet, daß Professor Ragaz dahinter stehe, dann die „Hand Moskaus" gezeichnet, die (wahrscheinlich auch durch mich) das Ganze für ihre Zwecke geschaffen habe. Grund genug, mitzuhelfen, daß diese Sache gelinge. Wenn es in dieser Form nicht geht, dann muß eine andere, vielleicht eine einfachere, gesucht werden. Denn es ist Gefahr im Verzuge.[1])

Wir kommen wieder nicht von der Hauptlinie ab, wenn wir nun noch von den Verhandlungen des Nationalrates über die *Sanktionenfrage* berichten. Sie waren ebenfalls kläglich. Den *schweizerischen* Standpunkt hat paradoxerweise nur der *Kommunist* Bodenmann vertreten! Was die Sozialdemokratie betrifft, so bot sie wieder das Schauspiel der Haltlosigkeit. Es hielt Nationalrat Meierhans, Redaktor des „Volksrechts", eine Rede, die, zwar in sehr gemäßigter Form, doch alles sagte, was ein Sozialismus, der sich selbst achtet, bei diesem Anlaß hätte vertreten müssen. Aber sie war nicht die Fahne der Fraktion. Vielmehr war dies eine — Windfahne: Der Bundesratskandidat Robert Grimm hielt eine Rede, von der vielleicht nicht einmal er selbst wußte, nach welcher Seite des Seiles sie eigentlich neige. Und dies trotz der scharfen Beschlüsse der Zweiten Internationale! Zum Schlusse blieben die Genossen sitzen und nur Schneider stimmte mit den beiden Kommunisten gegen Motta. Was aber die Bürgerlichen betrifft, so nannte der welsche Reaktionär Gorgerot die Abessinier ein „peuple sauvage" und erhielt dafür einen Tadel, aber Bodenmann (unter Zustimmung des Rates) einen Ordnungsruf, als er von einem „mörderischen Vorgehen" der Italiener redete. Bei der früheren Beratung hatte der welsche Faschist de Coullon erklärt: „Das Schweizervolk interessiert sich nicht für den italienisch-abessinischen Konflikt." Gorgerot wünschte, an das „Schwert" schlagend, den Austritt aus dem Völkerbund. Der Chefredaktor der „Basler Nachrichten" sprach sein Verständnis für „Italiens Anspruch auf Macht" aus. (Wie wird es sein, wenn bei einem Angriff Mussolinis auf den Tessin samt dem Gotthard und die italienischen Täler Graubündens etwa im belgischen Parlament für die „Macht Italiens" Verständnis gezeigt wird?) In den „Basler Nachrichten" redet einer von einem „überhöhten Standpunkt", den man bei der Beurteilung dieser Frage einnehmen müsse. (Gemeint ist der Standpunkt des niedrigsten Interessen-Egoismus!) Nicht ein warmes Wort wurde von dieser Seite gegen die Gewalttat Mussolinis und über das Los eines schwachen, kleinen Volkes gesagt. Schließlich kam ein „großer persönlicher Erfolg Mottas" heraus, des Motta, der im schweizerischen Bundeshaus, ohne ein Wort des Widerspruches, von einem Sturm der Entrüstung zu schweigen, erklären durfte, „er schätze sich glücklich, daß er in Genf mit Laval zusammen für den Frieden habe arbeiten dürfen" (Lavalgarde!). Daß aber das Schweizervolk für diese Haltung „einmütige Zustimmung" habe, ist eine krasse Unwahrheit.[2])

Vielleicht muß in diesem Zusammenhang auf die Folgen der „privaten Außenpolitik" Mottas in bezug auf *Rußland* hingewiesen werden. Motta hat zur Rechtfertigung seiner Haltung in der Sanktionenfrage auf die 10 000 Arbeiter hinge-

---

[1]) Was mich persönlich anbetrifft, so habe ich mit der *Gründung* nichts zu tun gehabt, auch nichts davon gewußt, und bin erst nachträglich ersucht worden, in das weitere Komitee einzutreten. Ich habe bisher eine einzige Sitzung mitgemacht und gar keine Rolle gespielt. Ich muß nicht überall vorne sein und komme mir selbst nicht so wichtig vor, wie scheint's der — „Neuen Zürcher Zeitung", dieser noblen Verleumderin.

Was übrigens die Hand Moskaus betrifft, so wäre wohl viel leichter, bei der „Neuen Zürcher Zeitung" die „*Hand Roms*" nachzuzeichnen.

[2]) Die Art, wie die „Neue Zürcher Zeitung" ständig für die Aufteilung Abessiniens eintritt und eine Stimmungsmache betreibt, die diesem edlen Ziele dienen soll, spottet des Wörterbuchs. Und diese „Neue Zürcher Zeitung" spielt immer getrost darauf los die Rolle einer Hüterin des Schweizertums und der Demokratie! Findet auch noch Dumme, die es ihr glauben. 15. Februar.

wiesen, welche wir arbeitslos machten, wenn wir die Sanktionen ernsthaft anwendeten. Hat ihn einer gefragt, wieviel Arbeiter er dadurch arbeitslos gemacht, daß seine reaktionäre, konfessionell begründete Privatpolitik uns um die russischen Aufträge gebracht hat, die ebenso „christliche" Länder, wie England und viele andere, sehr gern annahmen? Es dürften sehr viel mehr sein.

So bereiten wir mit dem moralischen den politischen Untergang der Schweiz vor.

Wenn uns der offizielle, noch etwas maskierte Faschismus droht, so ist der der „Fronten" keine große Gefahr mehr. Fast tragisch mutet uns die Auflösung der „Neuen Schweiz" in das „Aufgebot" an. Sie ist wohl auch für dieses ein Zeichen der Not. Die „Nationale Front" beutet den Fall Gustloff schmählich gegen Juden und Emigranten aus, um zu maskieren, daß sie mit dem Hitlertum selbst getroffen wird.

Eine schöne Aufgabe hätte heute die *Neue Helvetische Gesellschaft*. Aber ihre geistige Stabilisierung erlaubt ihr (wie an ihrer letzten Versammlung) nur ganz allgemeine, mehr oder weniger geistreiche Redensarten und Bejahung der bestehenden Ordnung.

Eine Untergrabung der Schweiz aber leisten auch jene hochpatriotischen reaktionären Studenten von Zürich, die einen *Heidegger* kommen lassen, der seine Philosophie des tiefsinnigen Nihilismus sofort nach dessen Machtantritt Hitler zur Verfügung gestellt hat, und einen *de Reynold*, der die Demokratie abschaffen will. Aber das alles und vieles andere derart braucht uns nicht Sorge zu machen. Denn es wird uns *eine neue Militärvorlage* in Aussicht gestellt, und es heißt: „Neue Opfer werden unvermeidlich sein!" Vielleicht drückt unsere Lage am besten das Wort eines Bündner Bauern aus einem weltentlegenen Dörfchen aus, der im Angesicht der offiziellen Haltung der Schweiz in all den geschilderten Dingen mit Herzbeklemmung erklärte: „Es gibt keine Schweiz mehr!"

Doch zum Schluß noch etwas Gutes: die Erklärung der 127 Mitglieder aller Parteien der Bundesversammlung für *Ossiewsky*, den sie für den Nobelpreis empfehlen und die aus anderen Ländern Unterstützung findet. Das ist doch endlich wieder einmal etwas beinahe Tapferes und dazu Menschlich-Weites. Das Mißfallen Mottas, der gegen diesen neuen Akt unerlaubter „privater Außenpolitik" die „größten Bedenken" hegte, ist ein Beweis für die Güte dieser Sache, und wenn Blätter, wie die „Front", das „Berner Tagblatt" und ähnliche Ossiewsky daraufhin als „Landesverräter" und „Feind der Befreiung des deutschen Volkes" bezeichnen, so zeigen sie bloß, von woher der Schweiz Gefahr droht.

Solche Zeichen erlauben vielmehr, an den „Rest" auch der Schweiz zu glauben, der bleiben wird (vgl. Jesaja 6).

13. Februar.

An das Schweizervolk!

In einem historischen Augenblick haben Schweizer Männer und Frauen aus allen Landesteilen das

Schweizerische Freiheitskomitee

gegründet, um die Kräfte zusammenzufassen, die unsere freiheitlichen und demokratischen Institutionen schützen, reinigen und fortbilden wollen. Das Freiheitskomitee appelliert an das Schweizervolk, in dem Bewußtsein, daß ungezählte Millionen Menschen in der ganzen Welt politische Freiheit und freiheitliche Kultur, soziale und internationale Gerechtigkeit, Frieden und Humanität fordern, daß unter den gleichen Kampfzeichen unsere Eidgenossenschaft ihre Geltung im Rate der Völker erlangt hat und ihr damit eine fortwährende, von ihrer geistigen und politischen Existenz untrennbare Verpflichtung erwachsen ist.

Heute sind die in jahrhundertelangen Kämpfen errungenen, in unserer Verfassung verbrieften

Volks- und Freiheitsrechte in Gefahr.

Durch die Methode der dringlichen Bundesbeſchlüſſe, durch die Willkür hoher Behörden werden ſie beſchränkt und ausgehöhlt.

Heute treiben Hochfinanz und Großinduſtrie in ihrer Ratloſigkeit eine verfehlte „Anpaſſungspolitik"

zum Schaden der wirtſchaftlichen Volksintereſſen.

Die kleine Gruppe wirtſchaftlich Uebermächtiger verſucht durch verfaſſungswidrige dringliche Bundesbeſchlüſſe, die den Volkswillen ausſchalten, die Staatserhaltungskoſten auf die wirtſchaftlich Schwachen abzuwälzen. Das Volk müßte dadurch körperlich und geiſtig verelenden und könnte ſchrittweiſe der Faſchiſierung des Staatslebens gefügig gemacht werden. Die wirtſchaftliche Lähmung der Volksmaſſen bedeutet auch, daß ihnen der Zugang zur höhern Kultur erſchwert und für die kleine zahlungsfähige Schicht ein Bildungsmonopol geſchaffen wird.

Heute üben die faſchiſtiſchen

Diktaturſtaaten im Norden, Süden und Oſten

einen gewaltigen Druck auf die Schweiz aus, der um ſo ſtärker wird, je ängſtlicher ſie ihm ausweicht. Sie behauptet ſich nur durch beharrlichen Widerſtand, durch Beſinnung auf ihre unverlorenen Kräfte, durch Feſtigung und mutigen Ausbau ihrer geiſtigen und ſozialen Fundamente.

Die drei Gefahren ſtellen unſer Land vor eine hiſtoriſche Prüfung, die es beſtehen wird, wenn alle freiheitsliebenden Schweizer ſich ernſt und entſchloſſen zuſammentun.

So fanden ſich vor hundert Jahren, in einer Zeit finſterer europäiſcher Reaktion, freiheitsliebende Schweizer zuſammen, ohne Furcht vor fremden Potentaten, im Lichte neuer Ideen, deren Trägern und Märtyrern unſer Land weitherzig Aſyl bot. Flüchtlinge wurden geachtete und berühmte Bürger ihrer neuen Heimat. Mehr als eine unſerer Univerſitäten dankt ihnen Gedeihen und jahrzehntelangen wiſſenſchaftlichen Gewinn. Die Weltoffenheit und der Wagemut jener „andern Schweiz" trugen Frucht in der Bundesverfaſſung von 1848. Die „andere Schweiz" mag zwar durch fremde und einheimiſche Machthaber zurückgedrängt werden. Aber ſie braucht ſich nur zu ſammeln, und ſie wird wieder vorn marſchieren.

Die Stunde der Entſcheidung iſt gekommen.

Denn heute iſt die Schweiz eine Halbinſel in der Flut der kriegsſchwangeren totalitären Diktaturen. Und der Feind unſerer Freiheit ſteht im Land, wirkt mit mündlicher und ſchriftlicher Propaganda, durch Kino und Radio, arbeitet fieberhaft, arbeitet gar mit Schweizern daran, dem Faſchismus das Feld zu bereiten.

Wir müſſen uns ſammeln und wir müſſen handeln.

Der Sinn der Eidgenoſſenſchaft weiſt vorwärts, und darum ruft das Schweizeriſche Freiheitskomitee auf, der neuen Freiheit, der neuen Demokratie, der neuen ſozialen Gerechtigkeit eine Bahn zu brechen, einer neuen Welt Raum und Licht zu ſchaffen im Herzen Europas.

Meldet euch beim Schweizeriſchen Freiheitskomitee!

Zürich, Mitte Dezember 1935.

Für das Schweizeriſche Freiheitskomitee:

Dr. Gritta Bärlocher, Rechtsanwalt Kurt Dübi, Karl Egender, Georg Früh, Dr. F. Fuchs, Frl. Rechtsanwalt A. Goßweiler, Heinrich Gretler, Joſef Halperin, Rechtsanwalt Th. Heußer, R. J. Humm, Dr. W. Kronauer, Dr. Walter Leſch, Dr. Albert Maag, Dr. R. Meyer, Dr. Hans Mühleſtein, Jean Muſſard, Dr. Emil Oprecht, Prof. L. Ragaz, Ernſt Roſenbuſch, Ch. Ruedi, Werner Schmid, Dr. Minna Tobler-Chriſtinger, Frau Rita v. Gonzenbach, Frau Alice v. Monakow, Dr. Ed. Zellweger, Dr. E. Zürcher.

Sympathie-Erklärungen an das Schweizeriſche Freiheitskomitee, Poſtfach Zürich-Riesbach.

Spenden an das Schweizeriſche Freiheitskomitee, Poſtcheckkonto VIII 20 626.

„Liga für das Chriſtentum."

(Mitteilung des Schweizeriſchen Verbandes für Innere Miſſion.)

Die „Liga für das Chriſtentum" verſendet neuerdings in der ganzen Schweiz eine Broſchüre, betitelt „Revolution", und fordert, wie ſchon mehrmals, zur Einzahlung von Beiträgen auf, damit ſie ihre Arbeit weiterführen könne. Wir bitten dringend, dieſer Aufforderung keine Folge zu geben. Die Liga und ihre Tätigkeit entzieht ſich jeder Kontrolle irgendwelcher kirchlicher oder humanitärer Organiſation. Ihr Gründer und Leiter verfügt völlig ſelbſtherrlich über die ihm zugeſandten Gelder. Es beſteht kein Komitee der Liga, das neben und für den alleinigen Leiter verantwortlich wäre. Trotz wiederholter Aufforderung ſeitens des Schweizeriſchen Verbandes für Innere Miſſion iſt ein Einblick in das Rechnungsweſen nicht gewährt worden.

Aus dem in der Broſchüre erſtmals veröffentlichten Rechnungsauszug per 1934/35 iſt erſichtlich, daß, abgeſehen von zweckbeſtimmten Gaben für ruſſiſche Hilfsaktionen im Betrage von Fr. 32 733.29 *nur Fr. 448.— als Gaben der Liga ausgewieſen ſind, während insgeſamt Fr. 123 000.— für Propaganda, Saläre und Volksaktionen ausgegeben worden ſind.* Unter der Rubrik „Für die Witwen" iſt der Geſamtbetrag von Fr. 2686.81 ausgewieſen, ohne daß die in dieſem Poſten enthaltenen Unkoſten und tatſächlichen Unterſtützungen getrennt aufgeführt wären.

Bei der dringenden Notlage zahlreicher kirchlicher und ſozialer Hilfswerke iſt es nicht zu verantworten, daß der ganz perſönlich geleiteten ſogenannten „Liga für das Chriſtentum", wie dies im Jahre 1934/35 der Fall war, abgeſehen von den Rußlandgaben, Fr. 119 718.— Gaben und Jahresbeiträge anvertraut werden. Irgendwelche Verantwortung für die Tätigkeit der Liga und die Verwendung ihrer Gelder wird von der Schweizeriſchen Innern Miſſion und evangeliſchen Liebestätigkeit abgelehnt.

Anm. d. Red.: Und nun bedenke man, was für eine Geſchichte man aus dieſer Liga für den Kampf gegen die „Gottloſigkeit" gemacht hat. Offenbar ging es mehr für den *Mammon* als für Gott.

Druckfehler.

Im *Januarheft* iſt folgendes zu berichtigen:

S. 23, Z. 3 von oben, muß es heißen: *„des Mammon, der Gewalt, der Religion, des Nationalismus"* (ſtatt: „des Mammons und der Gewalt, der Religion des Nationalismus"); S. 33, Z. 25 von oben: *„dieſe* Schutzgarde" (ſtatt: „die"); S. 41, Z. 17 von unten: *„beleuchtet"* (ſtatt: „bedeutet"); S. 44, Z. 11 von oben: *„aber"* (ſtatt: „oder"); S. 49, Z. 14 und 15 von unten: *„begegnet man"* (ſtatt: „begegnen wir"); S. 55, Z. 3 von oben: *„akuter"* (ſtatt: „aktueller").

Kleineres wird der Leſer ſelbſt korrigiert haben.

Redaktionelle Bemerkungen.

Der Bericht über die Ferienwoche in *Bad Attisholz* kommt zum größten Bedauern der Redaktion viel zu ſpät. Er mußte von Heft zu Heft Dringlicherem weichen. Da er aber im weſentlichen eine Darlegung von Problemen iſt, die heute ſo aktuell ſind wie vor einigen Monaten, iſt er gewiß nicht veraltet.

Worte.

Man kann einige auf die Dauer belügen oder alle auf einige Zeit, aber nicht alle auf die Dauer. *Abraham Lincoln.*